



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz

am

Wochentag	Datum
Donnerstag	02.03.2023

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	
	Geschäftsordnungsbeschluss	53
	Abstimmung zur Schriftführung	54
1.1	Vorstellung der CO2 Bilanz	55
1.2	Bericht der Klimaschutzmanagerinnen	56
1.3	Städtische Waldflächen, Bürgeranträge gem. § 24 GO NRW	57
1.4	Waldbericht	
1.5	Ganzheitliche Lösung zur Energieversorgung Antrag der CDU Fraktion vom 10.11.2022	58
1.6	Ausweisung von Flächen für Agri-PV-Anlagen Antrag der CDU Fraktion, FDP Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 19.10.2022	59
1.7	Einreichen eines Förderprogramms für Balkonsolaranlagen Antrag der SPD Fraktion vom 19.09.2022	60
1.8	Klimanotstandsumsetzung in der Verwaltung Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.09.2022	61
1.9	Überprüfung der Gemeindewege als Maßnahme für mehr Artenschutz Antrag Die Fraktion vom 28.10.2021	62
1.10	Riesenbärenklau Antrag der Fraktion Bündnis90 /Die Grünen vom 10.01.23	63
1.11	Regelmäßige Berichterstattung über aktuelle Förderprogramme durch die Abteilung Förderung	64
2	Anfragen	
2.1	Anfragen zur Photovoltaik Anfrage der FDP Fraktion vom 11.11.2022	
3	Mitteilungen	
3.1	Jahresbericht Umweltamt	
3.2	Klimaangepasste Umgestaltung des Schulhofes der Grundschule Gartenstraße	
3.3	Klimabeirat Protokoll der konstituierenden Sitzung am 26.01.2023	
3.4	Waldbegehung 2023	
3.5	Klimatag 2023	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:31 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 10.02.2023
Nachtragsdatum: 23.02.2023
Vorsitzende/r: Matthias Ecke
Schriftführer/in: Marion Holschbach Sarah Einheuser

Anwesenheitsliste:

Vorsitzende/r

Ecke, Matthias Bündnis 90 / Die Grünen

stellv. Vorsitzende/r

Merz, Ulrich CDU

Ratsmitglieder

Auerbach, Peter CDU

Ehrenberg, Peter CDU

Fiedrich, Detlev Bündnis 90 /Die Grünen

Jung, Ralf SPD

Krey, Detlef Die Fraktion

Laudan, Christoph CDU

Neuhöfer, Wolfgang CDU

Schönenborn, Dirk Die Unabhängigen

sachkundige Bürger/innen

Deimel, Miriam Bündnis 90 /Die Grünen

Lichtenberg, Elke CDU

Müller, Angelika CDU

Sasse, Andreas, Dr. SPD

stellv. Ratsmitglied

Diekmann, Hans Jürgen SPD

Vertreter für Dorothee
Akstinat

Herchenbach, Henning SPD

Vertreter für Simone Löffel

Meyer, Hanna Nora SPD

Vertreterin für Jan Henrik
Schmidt

stellv. sachkundige Bürger/innen

Eberz, Albert, Dr. CDU

Huhn, Elke SPD

Vertretung für Dirk Busse

Vertreterin für Tabea

Wiegand

Reitz, Norbert SPD

Vertretung für Johannes

Enns

Stross, Christoph FDP

Vertretung für Alexandra
Thielen

Von der Verwaltung waren anwesend:

Annette Flinterman, Klimaschutzmanagerin
Maximilian Lörch, Mitarbeiter des Umweltamtes
Johannes Oppermann, Leiter des Umweltamtes
Anke Trockfeld, Leiterin des Amtes für Steuerungsunterstützung
Michael Walter, Erster Beigeordneter

Gäste:

Sebastian Magel, Firma Gertec
Gerd Pohl, Revierförster

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	

	Geschäftsordnungsbeschluss	53
--	-----------------------------------	----

Der Ausschussvorsitzende Herr Ecke eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Vertretung für die Schriftführerin Frau Marion Holschbach, Frau Sarah Einheuser vorgestellt; über die Vertretung wurde anschließend abgestimmt (siehe Beschluss Nr. 54).

Als Tischvorlagen wurden vor der Sitzung ein Beschlussvorschlag aus der Sitzung am 08.06.2022 zur „Klimaneutralität bis 2035“ und ein Antrag der CDU Fraktion zu „Energieprojekten in der Kommune Hennef (Sieg)“ verteilt, die auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Herrn Ecke unter dem TOP 1.5 mitberaten werden sollen. Zusätzlich lag den Anwesenden die „Energie- und Treibhausgasbilanz Fortschreibung“ für die Stadt Hennef erstellt durch die Firma Gertec vor.

Herr Krey von der Fraktion „Die Fraktion“ beantragte zusätzlich den TOP 3.1 zum ordentlichen Tagesordnungspunkt zu machen (neu TOP 1.12).

Herr Fiedrich von der Fraktion Bündis90/Die Grünen merkte an, dass unter TOP 1.11 kein Antragssteller genannt wurde.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beschloss die Tagesordnung mit den beantragten Änderungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

	Abstimmung zur Schriftführung	54
--	--------------------------------------	----

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beschloss, dass Frau Sarah Einheuser, vertretend für Frau Marion Holschbach, die Protokollführung übernimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.1	Vorstellung der CO2 Bilanz	55
-----	-----------------------------------	----

Herr Sebastian Magel von der Firma Gertec stellte die CO2-Bilanz der Stadt Hennef für die Bilanzierungsjahre 1990 bis einschließlich 2020 vor.

Der Vorsitzende Herr Ecke stellte fest, dass der Vortrag teilweise Folien enthält, die nicht mit der Tischvorlage übereinstimmen. Er bat darum, den Vortrag dem Protokoll beizufügen. Der Vortrag wurde in Session eingestellt.

Anschließend beantwortete Herr Magel die Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz stimmte den Ausführungen der Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	Bericht der Klimaschutzmanagerinnen	56
-----	--	----

Die Klimaschutzmanagerin Frau Flinterman stellte Aktionen und Maßnahmen aus dem Jahr 2022 vor. Sie berichtete im Anschluss über geplante Aktivitäten für das Jahr 2023.

Herr Fiedrich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen berichtete von aktuellen Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingung für Photovoltaik-Anlagen auf privaten Dächern und betonte solche Änderungen öffentlich zu kommunizieren und stärker zu bewerben.

Frau Flinterman beantwortete anschließend die Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion bat zukünftig den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz auszuweiten um Aktion besser zu bewerben. Ebenfalls verwies er auf die Organisation der Homepage, die seiner Meinung nach, die Sparte „Klimaschutz“ unübersichtlich bewirbt.

Frau Huhn von der SPD Fraktion berichtete von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Stadt Bonn und regte an diese in Hennef ähnlich zu betreiben.

Herr Jung von der SPD Fraktion schlug angeknüpft an die vorherigen Wortbeiträge vor, den Auftritt des kommunalen Klimaschutzes der Stadt Hennef über soziale Medien wie Facebook etc. zu stärken.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz stimmte einstimmig den Ausführungen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.3	Städtische Waldflächen, Bürgeranträge gem. § 24 GO NRW	57
-----	---	----

Herr Oppermann berichtete, dass bereits im Zuge einer Waldbegehung Fragen aus der Bürgeranfragen beantwortet wurden. Die Antworten liegen schriftlich der Beschlussvorlage bei.

Herr Gerd Pohl als einer der beiden Revierförster war bei der Sitzung anwesend und stand für zusätzliche Fragen zur Verfügung.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz nahm die Bürgeranfragen und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Waldbericht	
-----	--------------------	--

Herr Oppermann erläuterte kurz den Inhalt des Waldberichtes.

Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion erkundigte sich nach dem aktuellen Stand von Aufforstungsmaßnahmen, sowie der Finanzierung neuer Setzlinge, zukünftig geplanten Spendenaktionen und der allgemeinen Steuerung. Herr Gerd Pohl, Revierförster, bezog kurz Stellung zu vergangenen und künftigen Pflanzmaßnahmen. Er betonte ebenfalls, dass regelmäßige Bestandsaufnahmen notwendig seien um witterungsbedingte Ausfälle im Folgejahr zu ersetzen. Die nächste Bestandskontrolle wird im Sommer stattfinden.

Soweit Spenden vorhanden sind, werden diese für Nachpflanzungen genutzt oder entsprechende Fördermittel beim Land beantragt.

Herr Fiedrich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies auf die unterschiedlichen Flächengrößen der städtischen Waldflächen in TOP 1.3 und im TOP 1.4 hin. Herr Oppermann stellte einen Druckfehler fest und korrigiert die Fläche des städtischen Waldbesitzes in TOP 1.4 zu 145 ha.

Es wurden weitere Rückfragen zu Pflanzausfällen und Bestandskontrollen aus den Reihen des Ausschusses gestellt, die Herr Gerd Pohl beantwortete. Im Zuge dessen bot er eine Waldbegehung vor Ort an.

Der Vorsitzende Herr Ecke griff das Angebot auf und schlug vor, dass Herr Oppermann gemeinsam mit Herrn Pohl zeitnah einen Termin voraussichtlich im Herbst zu dieser Thematik abspricht. Ergänzend verwies Herr Jung von der SPD Fraktion auf einen bereits geplanten Termin zur Waldbegehung in diesem Jahr (TOP 3.4).

Der Mitteilungstext wurde zur Kenntnis genommen.

1.5	Ganzheitliche Lösung zur Energieversorgung Antrag der CDU Fraktion vom 10.11.2022	58
-----	--	----

Entsprechend dem Geschäftsordnungsbeschluss wurden die beiden verteilten Tischvorlagen zusammen mit der vorliegenden Beschlussvorlage der CDU Fraktion „Ganzheitliche Lösung zur Energieversorgung“ beraten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ecke und Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion erläuterten jeweils die erneute Vorlage des Beschlusses vom 08.06.2022 bzw. den Antrag zu Energieprojekten in der Kommune Hennef (Sieg). Man habe sich in einer Vorberatung auf die weitere Vorgehensweise geeinigt, die von Herrn Ehrenberg erläutert wurde.

Herr Ecke schlug vor alle drei Anträge in die nächste Sitzung des Klimabeirates zur weiteren Beratung zu verweisen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beschloss:

Die vorliegenden Anträge der CDU Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden zur weiteren Beratung in den Klimabeirat verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6	Ausweisung von Flächen für Agri-PV-Anlagen Antrag der CDU Fraktion, FDP Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 19.10.2022	59
-----	--	----

Herr Ehrenberg der CDU Fraktion erläutert den Antrag und stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Herr Jung von der SPD Fraktion verweist auf eine Änderung im Beschlussvorschlag; die Nennung der Fachdienststelle „Landwirtschaftskammer Rheinland“ ist seit 2004 nicht mehr korrekt und heißt seitdem „Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen“. Er bittet dies zu ändern.

Er schlug vor, bei Interesse der Ausschussmitglieder, ein Forschungsprojekt in Gelsdorf bei Meckenheim zu besichtigen. Dort betreut das Fraunhofer-Institut zusammen mit dem Dienstleistungszentrum Rhein-Pfalz und der BayWa ein Projekt zu Agri-Photovoltaikanlagen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz fasste anschließend folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Karte des Stadtgebietes Rahmenbedingungen zum Thema (Agri-)PV-Freianlagen zu erstellen und im Internet zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der „Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen“ oder anderen mit dem Thema befassten Fachdienststellen eine Info-Veranstaltung zu dem Thema anzuregen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7	Einreichen eines Förderprogramms für Balkonsolaranlagen Antrag der SPD Fraktion vom 19.09.2022	60
-----	---	----

Herr Jung von der SPD Fraktion erläuterte den vorliegenden Antrag und teilte mit, dass in der 10. KW der Umweltausschuss des Rhein-Sieg-Kreises tagt. Ein Punkt auf der Tagesordnung sei die „Förderung aus dem Klimaschutzfonds des Rhein-Sieg-Kreis“. Darin werden zwei große Bereiche enthalten sein; zum einen die Pflanzung neuer Obstbäume und zum anderen Fördermittel für Steckersolaranlagen.

Aus diesem Grund beantragte Herr Jung die Änderung des Beschlussvorschlages, der allen Ausschussmitgliedern schriftlich vorlag.

Der Vorsitzende Herr Ecke schlug vor den vorliegenden Beschlussvorschlag der SPD Fraktion dahingehend zu ergänzen, dass im Falle einer positiven Entscheidung des Kreistages die Stadtverwaltung zum beschriebenen Handeln beauftragt wird.

Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion betonte die Relevanz der Öffentlichkeitsarbeit über bekannte Medien.

Herr Dr. Sasse von der SPD Fraktion betonte ebenfalls die Bedeutung von Steckersolaranlagen und deren Potenzial.

Frau Müller von der CDU Fraktion wies auf den Wegfall der Umsatzsteuer bei Anschaffung von Solaranlagen hin. Dies soll ebenfalls kommuniziert werden.

Anschließend ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag der SPD Fraktion mit genannten Ergänzungen abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz stimmte der Änderung des Beschlussvorschlages wie folgt zu:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt der Hennefer Bevölkerung die Förderung von Balkonkraftwerken / Steckersolaranlagen aus dem Klimaschutzfonds des Rhein-Sieg-Kreises (insg. 40.000 Euro), z.B. über Homepage und Newsletter, bekannt zu machen sofern der Umweltausschuss auf Kreisebene die Förderrichtlinie beschließt und das Rechnungsprüfungsamt des Rhein-Sieg-Kreises das Einverständnis erklärt. Über die Erfahrungen aus der Kreis-Förderung möge die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses berichten und darstellen, wie eine vergleichbare Förderung, z.B. aus den städtischen Klimaschutzmitteln, erfolgen könnte“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.8	Klimanotstandsumsetzung in der Verwaltung Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.09.2022	61
-----	--	----

Frau Deimel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte den Antrag und machte deutlich, dass man mit der vorliegenden Beschlussvorlage nicht einverstanden sei.

Herr Oppermann und Herr Walter erläuterten die Begründung des Beschlussvorschlages und verwiesen auf die Freiheit des Bürgermeisters, Art und Form der Berichtserstattung aus der Verwaltung zu definieren.

Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion schlug vor, nur bestimmte Fachbereiche der Verwaltung zu betrachten, in denen eine Berichtserstattung zur Umsetzung von Klimaschutzziele relevant sei.

Er schlug vor, den vorliegenden Bericht der Verwaltung zu akzeptieren und bestimmte Fachbereiche im Einzelnen näher zu betrachten.

Herr Jung von der SPD Fraktion schlug ergänzend vor, in der nächsten Sitzung des Klimabeirates zu erörtern, welcher Fachbereiche die größte Relevanz in Bezug auf Klimaschutz haben.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beschloss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Klimanotstandsumsetzung in der Verwaltung wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Klimabeirates verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.9	Überprüfung der Gemeindewege als Maßnahme für mehr Artenschutz Antrag Die Fraktion vom 28.10.2021	62
-----	--	----

Herr Oppermann präsentierte grafisch die Umsetzung der beantragten Überprüfung.

Herr Krey von der Fraktion „Die Fraktion“ erläuterte kurz den Hintergrund des Antrages und verwies auf die Relevanz solcher Wege für den Artenschutz und die Biodiversität. Daher sei es wichtig, solche Flächen von landwirtschaftlicher Nutzung freizuhalten. Herr Krey schlug vor, diesen Sachstand in der Grünflächenkommission zu beraten.

Herr Dr. Sasse von der SPD Fraktion fragte nach, ob eine gesamte Übersicht der Daten zur Verfügung gestellt werden könnte. Er bestätigte die Priorität der Landwirtschaft in manchen Fällen und ist ebenfalls der Meinung, wie im vorliegenden Bericht im Einzelfall vorgeschlagen, geeignete Ausgleichflächen für eine alternative Wegeführung im Falle einer landwirtschaftlichen Nutzung des Weges zu finden.

Herr Oppermann bestätigte, dass die gesamten Daten in einer Liste erfasst sind und bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können. Er wies daraufhin, dass jede Maßnahme des Flächenausgleiches eine Managementaufgabe mit sich führt. Aktuell bewirtschaftete Wege durch die Landwirtschaft müssten bei Ausgleich an anderer Stelle gepflegt und betreut werden. Hierzu wäre eine Pflege-konzept für jede Fläche nötig.

Der Vorsitzende Herr Ecke schlug vor, die Beschlussvorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Fragestellung in der nächsten Grünflächenkommission zu beraten.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beschloss die vorliegende Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen und den Sachverhalt in der nächsten Grünflächenkommission zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.10	Riesenbärenklau Antrag der Fraktion Bündnis90 /Die Grünen vom 10.01.23	63
------	---	----

Frau Deimel von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläuterte kurz den Hintergrund des Antrages und korrigiert das im Antrag genannte Beispiel „Johanneskraut“ als giftige Pflanzen. An dieser Stelle sei das Jakobskreuzkraut gemeint. Frau Deimel fragte nach, ob die beigefügte Karte über die Bekämpfungszonen der Herkulesstaude der Bevölkerung ebenfalls online zur Verfügung steht.

Herr Oppermann führte aus, dass die Karte hinsichtlich ihrer Schutzwürdigkeit abgestufte Zonen und Zuständigkeitsbereiche darstellt, die in den allermeisten dem Land NRW gehören und hinsichtlich Herkulesstauden-Bekämpfung von der Unteren Naturschutzbehörde betreut würden. Ansonsten sei hinsichtlich der Bekämpfung in Hennef ein routiniertes Verfahren eingespielt, was im Gegensatz zur Eindämmung des Eichenprozessionsspinners noch Erfolg zeitige. Die Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern, wie z.B. Angelvereinen, soll intensiviert werden.

Herr Krey von der Fraktion „Die Fraktion“ erkundigte sich nach der Vergabe der Aufträge zur Entfernung der Pflanzen. Er bezieht sich auf den starken Anstieg der Populationsentwicklung und fragte, ob ein Zusammenhang zur unsachgemäßen Bekämpfung bestünde?

Dies wurde von Herrn Oppermann verneint; die Methodik habe sich seit Beginn nicht verändert.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz stimmt den Ausführungen der Verwaltung zu.

Herr Herchenbach von der SPD Fraktion war bei Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.11	Regelmäßige Berichterstattung über aktuelle Förderprogramme durch die Abteilung Förderung	64
------	--	----

Frau Deimel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte den Antrag.

Herr Walter bezog Stellung zum Verfahren der Anteilsfinanzierungen durch Förderprogramme. Ausnahmen, wie die Billigkeitsrichtlinie, in denen finanzielle Mittel unbürokratisch und kurzfristig zur Verfügung stehen, werden dem Verwaltungsvorstand präsentiert und dort beraten.

Daraus erfolgte, bedingt durch die kurze Antrags- sowie Verwendungsfrist, die Nutzung der Mittel für die PV-Anlagen auf dem städtischen Gymnasium und dem Rathaus.

Er betonte, dass zukünftig der Ausschuss über derartige Förderprogramme informiert, und in den Prozess der Mittelverwendung einbezogen wird.

Herr Ehrenberg von der CDU Fraktion stellte einen Vorschlag zur Änderung des Beschlussvorschlags vor.

Herr Ecke fasst die Hintergründe des Antrages zusammen und erläuterte deutlich, dass man mit der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung nicht einverstanden sei; man werde sich aber dem Änderungsvorschlag anschließen.

Frau Trockfeld als Leiterin des Amtes für Steuerungsunterstützung wies darauf hin, dass über die Errichtung einer PV-Anlage auf dem Dach des städtischen Gymnasiums bereits einstimmig abgestimmt wurde und bei der Beratung kein Vorschlag für eine Mittelverwendung an anderer Stelle durch die Ausschussmitglieder gemacht wurde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ecke ließ anschließend über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz fasste folgenden Beschluss:

Die Verwaltung, mit Unterstützung der beiden Klimamanagerinnen, informiert den Klimabeirat direkt über solche Förderprogramme, die keiner Beteiligung bedürfen und die der Verwaltung keinen zusätzlichen Prüf- und Verwaltungsaufwand bereiten. Das wäre z.B. solche Förderprogramme, bei denen man dem/der Bürger/in mit einer Einmalzahlung eine Unterstützung zukommen lassen würde.

Werden der Verwaltung Förderprogramme bekannt, die sehr interessant für die Stadt wären, aber einen hohen personellen Aufwand bedeuten, setzt diese sich ebenfalls mit dem Klimabeirat in Verbindung, um nach Lösungen für die Umsetzung zu suchen. Hier würde die Politik mit entsprechenden Anträgen unterstützen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	Anfragen	
---	-----------------	--

Herr Fiedrich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung um Beantwortung der als Anlage beigefügten Fragen zu dem Geschehen rund um den Dondorfer See.

Herr Oppermann stellt kurz dar, dass die beschriebenen Maßnahmen nicht auf Flächen der Stadt Hennef vorgenommen wurden und teilt zum Protokoll mit:

*Zur angefragten Baumfällaktion am Dondorfer See folgende Information:
Veranlasst und beauftragt wurden die Arbeiten vom Landesbetrieb Straßenbau NRW, dem das Grundstück Gemarkung Striefen, Flur 6, Flurstück 45 gehört. Auf Nachfrage wurde der Stadt mitgeteilt: Nachdem es im vergangenen Frühjahr 2022 zu einem Baumsturz in den Gleiskörper gekommen ist, wurden die Pappeln im Fallbereich zum Gleiskörper durch einen Fachbetrieb, beauftragt seitens des Landesbetriebs Straßen NRW, eingehend untersucht mittels Resistograph und auf ihre Standsicherheit geprüft. Auf Grund der Ergebnisse der eingehenden Untersuchungen wurden die nicht mehr standsicheren Pappeln gefällt.
Eine Karte der betroffenen Bereiche ist als Anlage beigefügt.*

Weitere mündliche Anfragen lagen nicht vor.

2.1	Anfragen zur Photovoltaik Anfrage der FDP Fraktion vom 11.11.2022	
-----	--	--

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

Herr Oppermann stellt als Nachfolger von Herrn Jörn Lohmann, Maximilian Lörch vor. Die Stelle wurde am 15.02.2023 neu besetzt.

Weitere mündliche Mitteilungen lagen nicht vor.

3.1	Jahresbericht Umweltamt	
-----	--------------------------------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des Geschäftsordnungsbeschlusses als ordentlicher Tagesordnungspunkt 1.12 beraten.

Herr Krey von der Fraktion „Die Fraktion“ fragte auf Grundlage der vorliegenden Mitteilung nach, in wie weit und in welcher Form Ausgleichpflanzungen stattfanden. Er bezog sich hierbei auf die genannte Fällquote (2022) von 103 Bäumen und Nachpflanzungen durch den Bauhof von 90 Bäumen.

Herr Oppermann erläuterte die Problematik des personellen Aufwandes von Neupflanzungen sowie das voranschreitende Absterben bestehender Bäume durch Krankheiten, Parasiten oder standortbezogene Auswirkungen. Zudem ist die Flächenverfügbarkeit innerhalb des Stadtgebietes durch Tiefbaumaßnahmen stark eingeschränkt.

3.2	Klimaangepasste Umgestaltung des Schulhofes der Grundschule Gartenstraße	
-----	---	--

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.3	Klimabeirat Protokoll der konstituierenden Sitzung am 26.01.2023	
-----	---	--

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.4	Waldbegehung 2023	
-----	--------------------------	--

Der Vorsitzenden Herr Ecke erinnert nochmals an die Waldbegehung.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.5	Klimatag 2023	
-----	----------------------	--

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.



Matthias Ecke
Vorsitzende/r



Sarah Einheueser
Schriftführer/in



Michael Walter
Erster Beigeordneter



Beschlussvorlage

Amt: Umweltamt
Vorl.Nr.: V/2022/3436
Datum: 25.05.2022

TOP: 1.7
Anlage Nr.: 7

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz	08.06.2022	öffentlich

Tagesordnung

Klimaneutralität bis 2035
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30.11.2021

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz unterstreicht das Prinzip der Klimaneutralität als Vision und Ziel aller Klimaschutzmaßnahmen in Hennef. Diese werden v.a. in den dargestellten Bereichen Öffentlichkeitsarbeit (Klimatag, Beratung, Förderanreize), Gebäudesanierung, Ausbau regenerativer Energien, Mobilität (eingebettet in den Masterplan Mobilität) und Stadtentwicklung forciert fortgesetzt. Der aufgelistete Maßnahmenkatalog wird umgesetzt.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, wonach die derzeitigen Bilanzierungstools für eine seriöse Saldierung nicht ausreichen und das vorliegende Klimaschutzkonzept kein Erreichen einer Klimaneutralität in Hennef bis 2035 erwarten lässt. Eine qualitative Aussage zur Klimaneutralität soll bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes verankert werden.

Begründung

1. Definition

„Klimaneutralität ist ein Zustand, bei dem menschliche Aktivitäten im Ergebnis keine Nettoeffekte auf das Klimasystem haben. Diese Aktivitäten beinhalten klimawirksame Emissionen, Maßnahmen, die darauf abzielen, dem atmosphärischen Kreislauf Treibhausgase zu entziehen sowie durch den Menschen verursachte Aktivitäten, die regionale oder lokale biogeophysische Effekte haben (z.B. Änderung der Oberflächenalbedo).“ (Umweltbundesamt 2021, Treibhausgasneutralität in Kommunen)

2. Status quo und Ausblick Stadt Hennef

In dem Integriertem Kommunalen Klimaschutzkonzept 2016 wurde eine Klimabilanz erstellt und die weitere Entwicklung in 3 Szenarien:

- A. Trend – wenn alles weiter läuft wie bis 2016, basierend auf einer Mischung aus lokalen und bundesweiten Trends.
- B. Ausschöpfung aller technisch-wirtschaftlichen Potenziale mit Einspeisung des regenerativ erzeugten Stroms in das nationale Stromnetz
- C. Ausschöpfung aller technisch-wirtschaftlichen Potenziale mit Verbrauch des regenerativ erzeugten Stroms vor Ort.

Eine Aufteilung für die THG- Minderungspotenzialen nach Anwendung:

1. durch verbraucherseitige Einsparungen stationärer Energieverbrauch
2. im Verkehrssektor
3. durch den Einsatz erneuerbare Energien und Änderungen der Energieverteilungsstruktur

2.1. THG-Minderungspotenzial durch verbraucherseitige Einsparungen stationärer Energieverbrauch

Potenzial der THG-Emissionsminderung in den stationären Sektoren in Hennef (2013 - 2030)

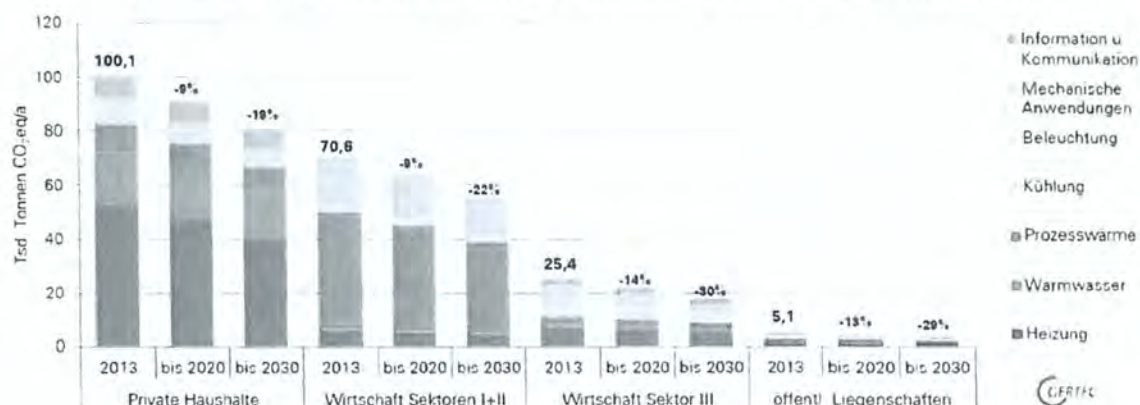


Bild 18: THG-Einsparpotenziale nach Sektoren und Anwendungszwecken in Hennef (Quelle: Gertec)

Der größte Effekt ist eher zu erreichen indem die privaten Haushalte ihr Verbrauch/Konsum ändern. Der Hennefer Klimatag 2022 soll dazu einen großen Anreiz geben.

Anwendungszwecke	Private Haushalte			Wirtschaft Sektoren I+II			Wirtschaft Sektor III			komm. Liegenschaften		
	2013	bis 2020	bis 2030	2013	bis 2020	bis 2030	2013	bis 2020	bis 2030	2013	bis 2020	bis 2030
Heizung	52,7	48,9	39,5	6,3	5,5	4,6	6,8	6,2	5,3	2,2	2,0	1,7
Warmwasser	19,6	19,1	18,5	0,7	0,6	0,6	1,4	1,2	1,0	0,8	0,7	0,5
Prozesswärme	10,2	9,2	8,5	42,9	38,8	33,6	2,7	2,6	2,5	0,2	0,2	0,2
Kühlung	4,3	4,0	3,5	1,1	1,0	0,8	1,1	0,7	0,3	0,5	0,4	0,3
Beleuchtung	3,5	2,5	2,1	2,5	2,2	1,9	5,2	4,5	3,7	0,6	0,5	0,4
Mechanische Anwendungen	1,9	1,7	1,4	16,8	15,5	13,7	5,6	4,2	2,7	0,2	0,2	0,1
Information u. Kommunikation	7,9	7,5	7,1	0,3	0,3	0,3	2,6	2,4	2,2	0,5	0,5	0,4
Summe	100,1	80,9	60,6	70,6	63,9	55,4	25,4	21,9	17,8	5,1	4,4	3,6
%-Einsparungen		-9%	-19%		-9%	-22%		-14%	-30%		-13%	-29%

Tabelle 2: THG-Einsparpotenziale durch stationäre Energieverbräuche (unterteilt nach Sektoren und Anwendungszwecken) in Hennef (Quelle: Gertec)

2.2 THG-Minderungspotenzial im Verkehrssektor

Im Verkehrssektor gibt es 2 Szenarien: a) eine reine Trendfortschreibung nach TREMOD und b) die Modellierung einer Entwicklung bei Umsetzung von ambitioniertes Maßnahmenkomplex (Verkehrsvermeidungsmaßnahmen, ÖPNV-Förderung, Fahrzeug- und Flotteneffizienz, Verbraucherverhalten und -information, Siedlungs- und Verkehrsplanung, Marktorientierte Maßnahmen im Verkehrssektor)¹ des Umweltbundesamts.

¹ CO₂-Emissionsminderung im Verkehr in Deutschland. Mögliche Maßnahmen und ihre Minderungspotenziale – Ein Sachstandsbericht des Umweltbundesamtes (5/2010)

Die Trendfortschreibung kennzeichnet folgende Entwicklung:

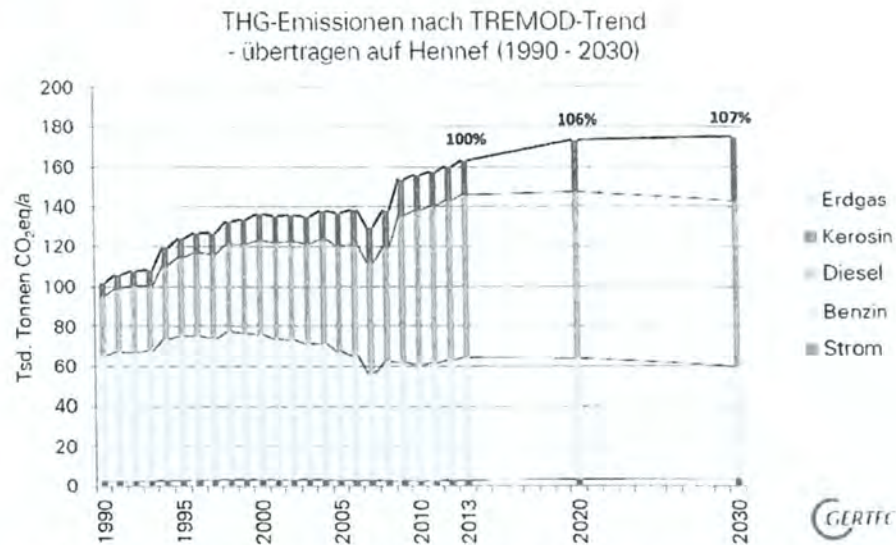


Bild 19: THG-Emissionen nach TREMOD-Trend – übertragen auf Hennef (1990 – 2030) (Quelle: Gertec)²⁶

Die Entwicklung bei forcierten Klimaschutzmaßnahmen gem. UBA-Empfehlungen sieht für Hennef so aus:

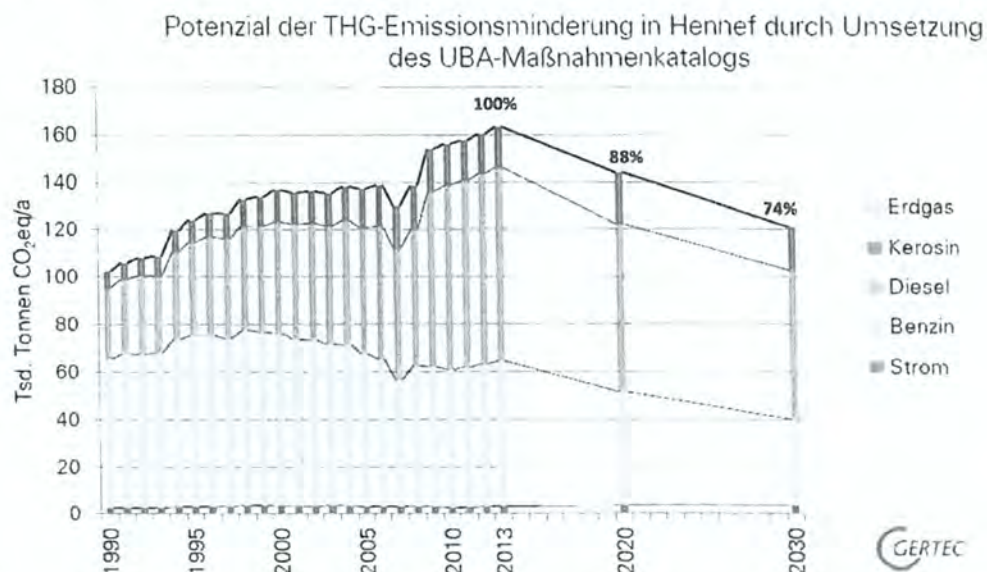


Bild 20: Potenzial der THG-Emissionsminderung in Hennef durch Umsetzung des UBA-Maßnahmenkatalogs (Quelle: Gertec)

Alternative Angebote haben vor allem ein hohes Potenzial im Freizeitverkehr (35% der gesamten THG-Emissionen im Verkehrssektor), wie Radförderprogramme, attraktivere ÖPNV und touristische Angebote, wie Wanderrouen oder Fahrradbusse, Hybridbusse als auch Carsharing-Fahrzeuge.

2.3 Bei den Erneuerbaren Energien werden die Potentiale in Hennef wie folgt bewertet:



Bild 21: THG-Vermeidungspotenzial durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und Umstellungen der Energietechniken bis 2030 (grafisch) (Quelle: Gertec)

Dabei werden folgende Potentiale aufgezeigt

- Energie- und THG-Minderungen durch verbraucherseitige Energieeinsparungen stationärer Energieverbräuche (Heizung, Warmwasser, Prozesswärme, Kühlung, Beleuchtung, Mechanische Anwendungen, Information und Kommunikation),
- Energie-, THG-Minderungen und Energieträgerverschiebungen im Verkehrssektor,
- ermittelte Potenziale durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien (Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie)
- sowie Änderungen der Energieverteilungsstruktur (KWK-Nahwärmeausbau, Austausch Nachtspeicherheizungen, Umstellungen von fossilen, nicht leitungsgebundenen Energieträgern auf Erdgas oder erneuerbare Energien)

Insgesamt wird folgendes Fazit gezogen:

„Es zeigt sich jedoch auch, dass selbst in einem Szenario, welches sich durch die Eigennutzung der lokal erzeugten, umweltfreundlichen Energie kennzeichnet und eine THG-Minderung bezogen auf 1990 bewirkt, das Erreichen der Klimaschutzziele des Bundes (40 % absolute THG-Reduktion bis 2020 im Vergleich zu 1990) für die Stadt Hennef sehr unrealistisch erscheint.“

3. Klimaneutralitätsfestlegungen in EU, Bund, Land und Kommunen

EU

Das neue EU-Klimagesetz erhöht das EU-Emissionsreduktionsziel bis 2030 von 40 Prozent auf mindestens 55 Prozent gegenüber den Werten von 1990. (...) Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden.

(Einigung des EP mit dem Rat v. 22.04.21)

Bund

Deutschland soll bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen: Es muss dann also ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgas-Emissionen und deren Abbau herrschen.

(Klimaschutzgesetz v. 31.08.21)

NRW

Bis 2030 sollen die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 65 Prozent und bis 2040 um 88 Prozent sinken. 2045 soll Nordrhein-Westfalen komplett treibhausgasneutral wirtschaften. (Klimaschutzgesetz NRW v. 08.07.21)

4. Schlussfolgerungen

- Inwieweit und wann eine Klimaneutralität für ein Territorium (Gebietskörperschaft) gelingt, hängt im Wesentlichen von den Rahmenseetzungen auf EU-, Bund- und abgeschwächt auch der Landesebene ab. Hier liegen die Zuständigkeiten für die Gesetzgebung der maßgeblichen Rechtsnormen, für die Mittelverteilung der erforderlichen Infrastruktur, für Förder- und Anreizinstrumentarien sowie für die Steuerpolitik zur Energiepreisgestaltung. Auf allen drei Ebenen wurden Ziele formuliert, die eine Klimaneutralität im Zeitraum zwischen 2045 – 2050 anstreben. Die Stadt Hennef ist in diese Entwicklung eingebunden, kann sie aber nur eingeschränkt beeinflussen.
- Bei einer Sonderentwicklung für das Stadtgebiet Hennefs wären ausweislich der vorliegenden Klimaschutzkonzeptes eher spätere als frühere Zeitpunkte zum Erreichen einer Klimaneutralität wahrscheinlich. Dies liegt an dem fehlenden Potential für Wind- und Wasserkraft, hoher Anteil des motorisierten Individualverkehrs
- Gerade die fehlenden technisch-strukturellen Potentiale machen es erforderlich, die bestehenden Ansätze zu forcieren.

5. Empfehlungen und Maßnahmenkatalog

- Klimaneutralität ist eine kommunikationsstarke Vision und prinzipiell Ziel aller Klimaschutzmaßnahmen.
- Inwieweit Klimaneutralität für das gesamte Stadtgebiet seriös bilanzier- und beeinflussbar ist und welche Zielsetzung (Jahr) dabei realistisch ist, sollte bei der Fortschreibung des Klimaschutzgutachtens 2023, ggf. mit Beteiligung eines Klimabeirats erarbeitet werden.
- Klimaneutralitätszielsetzungen bei der Stadtverwaltung inkl. ihrer städtischen Wirtschaftsbetriebe sind durchaus sinnvoll. Allerdings müssten erst die Bilanzierungstools entwickelt werden.
- Die Stadt Hennef setzt ihr Klimaschutzmaßnahmen forciert fort, um so nah wie möglich den Zustand der Klimaneutralität zu erreichen. Dazu werden u.a. folgende Projekte und Maßnahmen initiiert, fortgesetzt oder intensiviert:
 1. Das Klimaschutzkonzept der Stadt Hennef wird im noch laufendem Förderzeitraum weiter umgesetzt und die Maßnahmen mit der Priorisierung nach CO₂-Einsparpotenzialen durchgeführt.
 2. Das Klimaschutzkonzept wird nach Ablauf der Restförderperiode fortgeschrieben und aktualisiert. Dabei werden die Zielsetzungen verstärkt und die Maßnahmen intensiviert. Weitere Maßnahmenvorschläge und Projekte ergeben sich aus dem Prozess.

3. Klimaschutz wird als Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche der Stadtverwaltung verstanden und in alle Prozesse eingebracht. Die Stelle im Klimaschutzmanagement wird nach Auslauf der Förderung fortgeführt und (unter der Voraussetzung der Förderzusage des Bundes) durch die Stelle eines Klimaanpassungsmanager*in ergänzt. Die jeweiligen Manager*innen berichten direkt an den Bürgermeister und nehmen so eine Querschnittsfunktion innerhalb der Stadtverwaltung wahr.
4. Alle Rats- und Ausschussbeschlüsse werden im Hinblick auf ihre Klimaauswirkungen einzeln, anhand ausgewählter Kriterien beurteilt. Das Ergebnis ist Teil der Vorlage und fließt in die Entscheidung ein.
5. Am 18.06.2022 wird ein städtischer „Klimatag“ erstmalig durchgeführt und bei Erfolg jährlich etabliert. Die Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen wird weiter verstärkt, um private Investitionen anzuregen.
6. Der Masterplan Mobilität wird mit dem Ziel der Förderung nachhaltiger Mobilität und der Verkehrswende, also der Verlagerung des Modal Split vom MIV hin zum Umweltverbund (ÖPNV, Rad- oder Fußverkehr) aufgestellt und anschließend im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel umgesetzt.
7. Die Stadt Hennef schließt sich der Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ an und nutzt die ggfs. durch eine Änderung der Straßenverkehrsgesetze eröffneten Handlungsspielräume auch im Sinne der Reduzierung von Treibhausgasemissionen.
8. Das Photovoltaikkonzept wird aufgestellt und umgesetzt (vgl. Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz 15.03.22). In 2022 werden PV-Anlagen auf dem Dach der Feuerwache in Söven und der Mensa des städtischen Gymnasiums errichtet. Die Nutzung erneuerbarer Energien wird grundsätzlich bei jeder städtischen Baumaßnahme geprüft und - wenn technisch möglich, ökologisch sinnvoll und finanziell darstellbar - umgesetzt.
9. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit von planungsrechtlichen Vorgaben und Festsetzungen hinsichtlich der Nutzung von erneuerbaren Energien oder der Begrünung von Gebäuden und Vermeidung von Flächenversiegelung bei der Entwicklung von Planungsrecht.
10. Das Gewerbegebiet Kleinfeldchen wird als klimaneutrales und nachhaltiges Gewerbegebiet mit Vorbildcharakter entwickelt. Hierzu kommen planungsrechtliche Vorgaben und eine Nachhaltigkeits-Matrix bei der Vergabe von Grundstücken zum Einsatz.
11. Die Verwaltung prüft laufend aktuelle Förderprogramme im Bereich des Klimaschutzes auf ihre Einsatzmöglichkeit in der Stadt Hennef.
12. Initiativen und unternehmerische Ansätze, die, insbesondere im dörflichen Umfeld, eine lokale Energieerzeugung (Wärme, Strom) und -versorgung zum Ziel haben, werden von der Verwaltung unterstützt und ggf. Förderwege aufgezeigt. Investitionen Dritter in den Ausbau erneuerbarer Energien (Windkraft, Photovoltaikanlagen etc.) werden befürwortet und durch die Verwaltung unterstützt.
13. Die Bemühungen zur Aufforstung städtischer Flächen werden fortgesetzt.

14. Die Stadtverwaltung nimmt ihre Vorbildfunktion wahr und trifft Maßnahmen, die eine klimaneutrale Stadtverwaltung ermöglichen. Dazu zählen beispielsweise:
- a. Weitere Umstellung des städtischen Fuhrparks auf nachhaltige Antriebstechnologie (die Notwendigkeit von Verbrennungsmotoren ist ab sofort im Einzelfall dem Bürgermeister gegenüber fachlich zu begründen.)
 - b. Teilnahme der Stadtverwaltung am Projekt „Jobwärts“ zur Steigerung der Nutzung von ÖPNV und Radverkehr sowie Teilnahme an „Jobrad“ für Mitarbeiter*innen der Verwaltung
 - c. Prüfung der Verwaltungsliegenschaften auf den Bedarf energetischer Sanierung (Umsetzung unter der Bedingung der Bereitstellung von Haushaltsmitteln); hier u.a. Sanierung der Heizungsanlage des Rathauses (Gutachten liegt vor), sowie Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien
 - d. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Minderung des CO₂-Ausstoßes des Abwasserwerkes
 - e. Vermeidung von Reisewegen (Nutzung digitaler Möglichkeiten, Verknüpfung der Verwaltungsstandorte mittels nachhaltiger Mobilität etc.)
 - f. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei städtischen Veranstaltungen und Beschaffungen
 - g. Weiterhin Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen
 - h. Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen zu Energieverbrauch und Nachhaltigkeit innerhalb der Verwaltungsgebäude

Hennef (Sieg), den 25.05.2022

In Vertretung



Michael Walter
Erster Beigeordneter



1. Schreiben an:

Postanschrift: Stadt Hennef - Postfach 1562 53762 Hennef

An die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef (Sieg)

Amt für Steuerungsunterstützung

Ansprechpartnerin
Nicole Sprenger

Tel. 0 22 42 / 888 231
E-Mail nicole.sprenger@hennef.de
Zentrale 0 22 42 / 888 0
Zimmer 1.07

Sprechzeiten

Mo.-Mi. 7.30-16.00 Uhr
Do. 7.30-17.30 Uhr
Fr. 7.30-12.00 Uhr
weitere Termine nach Vereinbarung

Online www.hennef.de

Gläubiger-ID: DE30HEN00000020187

Mein Zeichen: 100

Datum: 02.12.2021

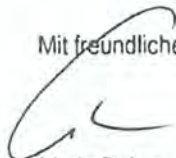
Antrag: Klimaneutralität

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30.11.2021 welches hier am 01.12.2021 eingegangen ist.

Ihr Anliegen gehört fachlich in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz.
Ich habe Ihr Schreiben an den Ausschussvorsitzenden, Herrn Matthias Ecke weitergeleitet, mit der Bitte, Ihr Anliegen in die Tagesordnung der voraussichtlich im März 2022 stattfindenden Ausschusssitzung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Mario Dahm
Bürgermeister

N-Sp.

2. Dez. II / 36, mit der Bitte um Kenntnisnahme und eine Sitzungsvorlage für den Umwelta zu fertigen.
3. Dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Matthias Ecke, zur Kenntnis und mit der Bitte um Vormerkung für die nächste Sitzung.
4. Der Schriftführerin, Frau Marion Holschbach, zur Kenntnis.
5. Wvl. Einladung Umwelta (voraussichtl. im März 2022)

Bankverbindung:

Kreissparkasse Köln	Kto 213900	BLZ 37050299	IBAN DE76370502990000213900	BIC COKSDE33XXX
Volksbank Köln Bonn eG	Kto 3703317013	BLZ 38060186	IBAN DE66380601863703317013	BIC GENODED1BRS

Besucheranschrift: Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef (Sieg)



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RATHAUS 53773 HENNEF

2. U 1. DEZ. 2021

AN DEN
BÜRGERMEISTER DER STADT HENNEF
HERRN MARIO DAHM
RATHAUS
53773 HENNEF

FRAKTION IM RAT DER STADT HENNEF

Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender
Lisa Herzig
Fraktionsgeschäftsführerin

Fraktionsgeschäftsstelle
Rathaus, Raum 2.09, 53773 Hennef
Tel: +49 (2242) 888 200
Fax: +49 (2242) 888 7 200
gruene@hennef.de

Hennef, 30. November 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden Antrag für die nächste Sitzung des zuständigen Ausschusses beziehungsweise den Rat der Stadt Hennef:

Antrag:

Die Stadt Hennef setzt sich als übergeordnetes Ziel Klimaneutralität im Stadtgebiet¹ bis 2035 zu erreichen.

1. Energiewende bis 2035:

Der Energiebedarf für Strom und Wärme/Kälte im Stadtgebiet wird zu 100% aus erneuerbarer Energieerzeugung² gedeckt. Unterstützend soll Energieeffizienz verstärkt werden.

2. Verkehrswende bis 2035:

Der Modal Split besteht zum Großteil aus Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV. Der restliche Verkehr nutzt klimafreundliche Antriebe (grüne E-Mobilität, biogene Kraftstoffe, grüner Wasserstoff). Die Infrastruktur wird diesem Ziel entsprechend aus- bzw. umgebaut.

3. Klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2030:

Die Stadtverwaltung soll in ihrem unmittelbaren Verantwortungsbereich bereits 2030 klimaneutral sein, um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden. Das betrifft insbesondere den Energieverbrauch (in Liegenschaften, Straßenbeleuchtung, Abwasserbehandlung, Verkehr³). Auch in allen anderen klimarelevanten Bereiche wie Beschaffung, Rohstoffe bzw. „graue Energie“ etc. wird Klimaneutralität bis 2030 angestrebt.

4. Klimaneutrale Gesellschaften mit Stadt-Beteiligung bis 2030:

Die Gesellschaften mit Stadt-Beteiligung sollen insbesondere im Energieverbrauch bis 2030 klimaneutral werden, dies aber auch in allen anderen klimarelevanten Bereichen anstreben.

Bankverbindung

Bank: KSK Köln, Konto-Nr.: 238 014, BLZ 370 502 99

www.gruene-hennef.de

5. Klimaneutralität bei Privathaushalten und Gewerbe/Industrie fördern und fördern:

Privathaushalte und Gewerbe/Industrie sollen bis 2035 klimaneutral werden. Die Stadt Hennef wird durch Beratung/Information/Bewusstseinsbildung u.a. mit Einbindung der Energieagentur Rhein-Sieg, durch finanzielle und organisatorische Förderung, durch Bürgerbeteiligung sowie durch Vorgaben/Festsetzungen etc. darauf hinwirken.

6. Landwirtschaft, Wald, Stadtgrün klimaverträglich gestalten und erhalten:

Die Stadt wirkt auf eine klimaschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen und des Waldes hin. Grünflächen im Stadtgebiet sollen in Hinblick auf Klimafreundlichkeit, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit gestaltet, erhalten und möglichst erweitert werden

Klimaanpassung:

Die Stadt Hennef setzt sich auch zum Ziel, sich so gut und schnell wie möglich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Dies soll drohende Schäden verringern, die Klimaresilienz steigern sowie dem Schutz der Bürger*innen und unserer Lebensgrundlagen dienen. In diesem Sinn soll proaktiv vorausschauende Klimaanpassung betrieben⁴ sowie die Klimaanpassung stets berücksichtigt werden, insbesondere in der Stadtplanung und bei Baumaßnahmen.

Die Umsetzung der genannten Ziele erfolgt möglichst sozialverträglich.

¹ Klimaneutralität im Stadtgebiet bedeutet, dass in allen Sektoren auf dem städtischen Gebiet die jährlichen Emissionen aus (fossilen) Energieträgern auf max. 1 t CO₂eq pro Einwohner reduziert bzw. substituiert werden.

² Eine 100%ige erneuerbare Energieversorgung gilt als erreicht, wenn bilanziell über ein Jahr betrachtet im Stadtgebiet (mind.) genauso viel Energie aus erneuerbaren Quellen produziert wird, wie von allen Verbrauchern im Stadtgebiet für Strom und Wärme bzw. Kälte benötigt wird.

³ Unter Verkehr ist der Fuhrpark und Dienstreisen zu verstehen sowie ergänzend die Förderung eines klimafreundlichen Berufsverkehrs der Mitarbeitenden.

⁴ Dies soll z.B. durch die Identifizierung von Risikospots und die Erarbeitung und Umsetzung abgestimmter Vorsorgemaßnahmen sowie grundsätzlicher Anpassungsmaßnahmen erfolgen.

Bankverbindung

Bank: KSK Köln, Konto-Nr.: 238 014, BLZ 370 502 99

www.gruene-hennef.de

Erläuterung:

Die Klimaschutz-Leitziele beinhalten insbesondere das Ziel der Klimaneutralität im Stadtgebiet Hennef bis 2035 sowie die Anpassung an den Klimawandel. Dieses Ziel lässt sich letztlich aus dem verfassungsrechtlichen Klimaschutzziel des Art. 20a GG ableiten, das dahingehend konkretisiert ist, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dem sogenannten „Paris-Ziel“ entsprechend auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um das Pariser Klimaschutzabkommen noch einzuhalten, muss die Klimaneutralität in Deutschland bis ca. 2035 erreicht werden. Um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen, reicht unser Restbudget bei gleichbleibenden Emissionen nur noch bis 2024.

Die aktuelle Erwärmung des Klimas von ca. 1,2 Grad lässt bereits tragische Auswirkungen erkennen, wie z.B. Wetterextreme mit Hitze, Dürren, Bränden, Starkregen sowie Wald- und Artensterben. Diese Entwicklung wird sich mit der „eingepflanzten“ Erwärmung auf 1,5 - 2 Grad ohnehin noch deutlich verstärken. Sollten wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 nicht erreichen, ist entsprechend mit einer stärkeren Erwärmung von vermutlich bis zu 3 Grad oder mehr zu rechnen, die katastrophale, irreversible Folgen mit sich bringt.

Dieser existenziellen Herausforderung unserer Zeit, dem Klimawandel, muss auf allen Ebenen begegnet werden, also auch auf kommunaler Ebene. Daher soll sich die Stadt Hennef das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 setzen und dieses Ziel konsequent verfolgen. Ergänzend wird auch das Ziel der Klimaanpassung gesetzt, um die negativen Auswirkungen des unvermeidlichen Klimawandels im Stadtgebiet möglichst gering zu halten. Vor diesem Hintergrund und um schnelle und effektive Wirkung zu erzielen, sollen die Leitziele größtmögliche Verbindlichkeit erzeugen und von der Verwaltung in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen zwingend zu berücksichtigen sein – bis auf begründete Ausnahmen im Einzelfall durch politischen Beschluss.

Mit Dank für Ihre Bemühungen und freundlichen Grüßen

gez. Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender

gez. Fred Lorenz
Sachkundiger Bürger

gez. Lisa Herzig
Fraktionsgeschäftsführerin

Bankverbindung

Bank: KSK Köln, Konto-Nr. 238 014 BLZ 370 502 99

www.gruene-hennef.de



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Auszug aus der Niederschrift

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz der Stadt Hennef hat in seiner Sitzung am 15.03.2022 folgenden Beschluss gefasst:

TOP	Beratungsgegenstand
1.3	Klimaneutralität bis 2035 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.11.2021

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Beratung der im Antrag genannten Ziele auf Grundlage einer eingehenden Prüfung in der nächsten Sitzung zu vertiefen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Hennef, den 03.05.2022

Schriftführer
Marion Holschbach

Die Verwaltung wird beauftragt, die Daten aktuell zu halten, mit der Energieagentur Rhein-Sieg die weitere Entwicklung im Hinblick auf ein Contracting zur ökologischen Energieversorgung weiter zu beobachten, aber unabhängig davon den Ausbau regenerativer Energien in Eigenregie weiter voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6	Klimarelevante Folgen (Klima Check)	15
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.01.2022	

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des Geschäftsordnungsbeschlusses als TOP 1.7 beraten:

Die Klimaschutzmanagerin Frau Einheuser stellte den für Hennef entwickelten Klima-Check vor und erläuterte die Anwendung. Sie wies daraufhin, dass das Verfahren über einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten erprobt werden soll. Hierbei soll festgestellt werden, wie hoch der Personal- und Zeitaufwand ist, und ob sich noch Nachbesserungen bei der Handhabung ergeben. Der Check soll vom jeweiligen Fachamt durchgeführt werden; hierzu werden Anwendungshinweise ausgearbeitet.

Frau Einheuser beantwortete die Fragen der Ausschussmitglieder; man war sich einig, dass spätestens bei Erreichen der Klimaneutralität die Durchführung des Klima Checks nicht mehr relevant sein wird.

Anschließend empfahl der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz dem Rat der Stadt Hennef folgenden Beschluss:

Die Rats- und Ausschussbeschlüsse sind im Hinblick auf ihre Klimawirksamkeit zu beurteilen. Dazu ist das Formular „Klimawirksamkeit von Beschlüssen“ des Umweltamtes in der jeweils aktuellen Fassung anzuwenden und der Vorlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7	Klimaneutralität bis 2035	39 und 40
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30.11.2021	

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des Geschäftsordnungsbeschlusses als TOP 1.2 beraten:

Der Ausschussvorsitzende Herr Ecke teilte mit, dass zu dem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorliegt, der an die Ausschussmitglieder verteilt wurde.

Herr Fiedrich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründete den Änderungsantrag. Nach kontroverser Diskussion und Erläuterung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise durch Herrn Oppermann, beantragte Herr Merz von der CDU Fraktion, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ergänzen, dass die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes in 2023 erfolgen soll.

1 Schreiben an:

Postanschrift: Stadt Hennef · Postfach 1562 · 53762 Hennef

An die

CDU-Fraktion
Die Unabhängigen
im Rat der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef (Sieg)

Amt für Steuerungsunterstützung

Ansprechpartnerin
Christina Viehof

Tel. 0 22 42 / 888 218
E-Mail christina.viehof@hennef.de
Zentrale 0 22 42 / 888 0
Zimmer 1.07

Sprechzeiten

Mo.-Mi. 8.30-16.00 Uhr
Do. 8.30-17.30 Uhr
Fr. 8.30-12.00 Uhr
weitere Termine nach Vereinbarung

Online www.hennef.de

Gläubiger-ID: DE30HEN00000020187

Mein Zeichen: 100

Datum: 08.02.2023

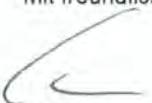
Energieprojekte in der Kommune Hennef (Sieg) durch unterstützende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung, der Rheinischen Energie AG und der Rhein-Sieg Netz GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 05.02.2023 welches hier am 07.02.2023 eingegangen ist.

Ihr Anliegen gehört fachlich zunächst in den Zuständigkeitsbereich des Klimabeirates und wird im Anschluss im Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beraten. Ich habe Ihr Schreiben an den Ausschussvorsitzenden, Herrn Matthias Ecke weitergeleitet, mit der Bitte, Ihr Anliegen in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Mario Dahm
Bürgermeister



2. Dez. II – Amt 36, mit der Bitte um Kenntnisnahme und eine Sitzungsvorlage für den UmweltA zu erstellen.
3. Mit der Bitte um vorheriger Beratung im Klimabeirat.
4. Dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Matthias Ecke zur Kenntnis und mit der Bitte um Vormerkung für die nächste Sitzung.
5. Der Schriftführerin, Frau Marion Holschbach, zur Kenntnis.
6. Wvl. UmweltA

Bankverbindung:

Kreissparkasse Köln
Volksbank Köln Bonn eG

Kto 213900
Kto 3703317013

BLZ 37050299
BLZ 38060186

IBAN DE76370502990000213900
IBAN DE66380601863703317013

BIC COKSDE33XXX
BIC GENODED1BRS

Besucheranschrift: Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef (Sieg)

Bürgermeister der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef

- per E-Mail -

07. FEB. 2023

CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Hennef

Fraktion „Die Unabhängigen“
im Rat der Stadt Hennef

Hennef, den 05.02.2023
Unser Zeichen: AN/2023/009

Antrag: Energieprojekte in der Kommune Hennef (Sieg) durch unterstützende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung, der Rheinischen Energie AG und der Rhein-Sieg Netz GmbH

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir namens der CDU-Fraktion und der Fraktion „Die Unabhängigen“ den nachfolgenden Antrag an den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung weiterzuleiten:

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, für mögliche zukünftige Projekte der klimaneutralen Energieerzeugung auf dem Gebiet der Stadt Hennef (Sieg) zu prüfen, inwieweit eine Unterstützung der Rheinischen Energie AG und der Rhein-Sieg Netz GmbH in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Hennef (Sieg) zielführend sein könnte.

Begründung:

Die lokale Energieerzeugung steht vor einem massiven Ausbau. Wie erste Projekte wie u.a. in Heisterschoss zeigen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach neue Energieprojekte auf dem Gebiet der Stadt Hennef (Sieg) an die Stadtverwaltung herangetragen werden, unabhängig davon, ob es sich dabei um private oder politisch initiierte Projekte handeln wird. Um sich für zukünftige Energieprojekte breit aufzustellen, sollte sich frühzeitig mit den Hauptakteuren aus den Branchen der Energieerzeugung und des Energietransportes zusammengesetzt werden.

Hier sollte zum einen besprochen werden, ob aktuell bereits die Möglichkeit besteht, klimaneutrale Energieprojekte zusammen durchzuführen. Außerdem sollte festgestellt werden, unter welchen Voraussetzungen eine Zusammenarbeit oder eine Unterstützung für zukünftige Energieprojekte aussehen könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Ralf Offergeld
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Gez.
Norbert Meinerzhagen
Fraktionsvorsitzender
Fraktion „Die Unabhängigen“

Gez.
Ulrich Merz
Ratsmitglied

Gez.
Peter Ehrenberg
Ratsmitglied



1. Schreiben an:

Postanschrift: Stadt Hennef Postfach 1562 53762 Hennef

An die

CDU-Fraktion
FDP-Fraktion
Die Unabhängigen
im Rat der Stadt Hennef
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef (Sieg)

Amt für Steuerungsunterstützung

Ansprechpartnerin
Nicole Sprenger

Tel. 0 22 42 / 888 231
E-Mail nicole.sprenger@hennef.de
Zentrale 0 22 42 / 888 0
Zimmer 1.07

Sprechzeiten

Mo.-Mi. 7.30-16.00 Uhr
Do. 7.30-17.30 Uhr
Fr. 7.30-12.00 Uhr
weitere Termine nach Vereinbarung

Online www.hennef.de

Gläubiger-ID: DE30HEN00000020187

Mein Zeichen: 100

Datum: 20.05.2022

Antrag: Vorbereitung auf eine gesamtheitliche Energiewende in Hennef

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18.05.2022 welches hier am 18.05.2022 eingegangen ist.

Ihr Anliegen gehört fachlich in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Stadtplanung und Wohnen.
Ich habe Ihr Schreiben an den Ausschussvorsitzenden, Herr Matthias Ecke weitergeleitet, mit der Bitte, Ihr Anliegen in die Tagesordnung der am 08.06.2022 stattfindenden Ausschusssitzung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mario Dahm
Bürgermeister

2. Dez. II / Amt 36, mit der Bitte um Kenntnisnahme und eine Sitzungsvorlage für den Umwelta zu fertigen
3. Dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Matthias Ecke, zur Kenntnis und mit der Bitte um Vormerkung für die nächste Sitzung.
4. Der Schriftführerin, Frau Marion Holschbach, zur Kenntnis.
5. Wvl. Einladung Umwelta am 08.06.2022

Bankverbindung:

Kreissparkasse Köln	Kto 213900	BLZ 37050299	IBAN DE76370502990000213900	BIC COKSDE33XXX
Volksbank Köln Bonn eG	Kto 3703317013	BLZ 38060186	IBAN DE66380601863703317013	BIC GENODED1BRS

Besucheranschrift: Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef (Sieg)

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde aufrechterhalten.

Daraufhin fasste der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz folgende Beschlüsse:

Beschluss Nr. 39:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird bei 4 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und „Die Fraktion“, mit 17 Gegenstimmen und 1 Enthaltung aus der CDU Fraktion abgelehnt.

Beschluss Nr. 40:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz unterstreicht das Prinzip der Klimaneutralität als Vision und Ziel aller Klimaschutzmaßnahmen in Hennef. Diese werden v.a. in den dargestellten Bereichen Öffentlichkeitsarbeit (Klimatag, Beratung, Förderanreize), Gebäudesanierung, Ausbau regenerativer Energien, Mobilität (eingebettet in den Masterplan Mobilität) und Stadtentwicklung forciert fortgesetzt. Der aufgelistete Maßnahmenkatalog wird umgesetzt.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, wonach die derzeitigen Bilanzierungstools für eine seriöse Saldierung nicht ausreichen und das vorliegende Klimaschutzkonzept kein Erreichen einer Klimaneutralität in Hennef bis 2035 erwarten lässt. Eine qualitative Aussage zur Klimaneutralität soll bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, welches in 2023 erfolgt, verankert werden.

Dieser Beschluss erfolgte einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion „Die Fraktion“.

1.8	Vorbereitung auf eine gesamtheitliche Energiewende in Hennef Antrag der CDU Fraktion, der FDP Fraktion und der Fraktion "Die Unabhängigen" vom 18.05.2022	41
----------------	--	---------------

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des Geschäftsordnungsbeschlusses als TOP 1.3 beraten:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der anstehenden Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes die Module

- Formulierung eines Leitbildes für die Energiewende
- Neubewertung der lokalen Potentiale an regenerativen Energien
- Steigerung der Energie- und Ressourcen im Gebäudesektor (Bestand und Neubau)
- Formulierung von Klimaschutzzielen in Hinblick auf eine kommunale Klimaneutralität und

Anlage zu TOP 2

Mündliche Anfrage zum TOP 2 von Bündnis 90/Die Grünen zum Geschehen rund um den Dondorfer See (Naturschutzgebiet) im Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz in der Sitzung am 02.03.2023

Frage 1: In welchem Umfang und durch wen wurde die Baumfällmaßnahme im Vorfeld beantragt und naturschutzrechtlich überprüft und genehmigt?

Frage 2: Wer hat in welcher Ausführlichkeit die Baumfällarbeiten explizit begründet?

Frage 3: Gibt es weitere Planungen im Naturschutzgebiet Dondorfer See, die gegebenenfalls naturschutzrechtlicher Überprüfung und Genehmigungen bedürfen?

Frage 4: Mit welcher fachlichen Begründung wurde das gefällte Baummaterial aus dem Naturschutzgebiet entnommen?

Frage 5: Mit welcher fachlichen Begründung wurde der Einsatz schwerer Maschinen in diesem empfindlichen Ökosystem genehmigt und wurden Vorschriften zur Einhaltung von Rückegassen überwacht und protokolliert?

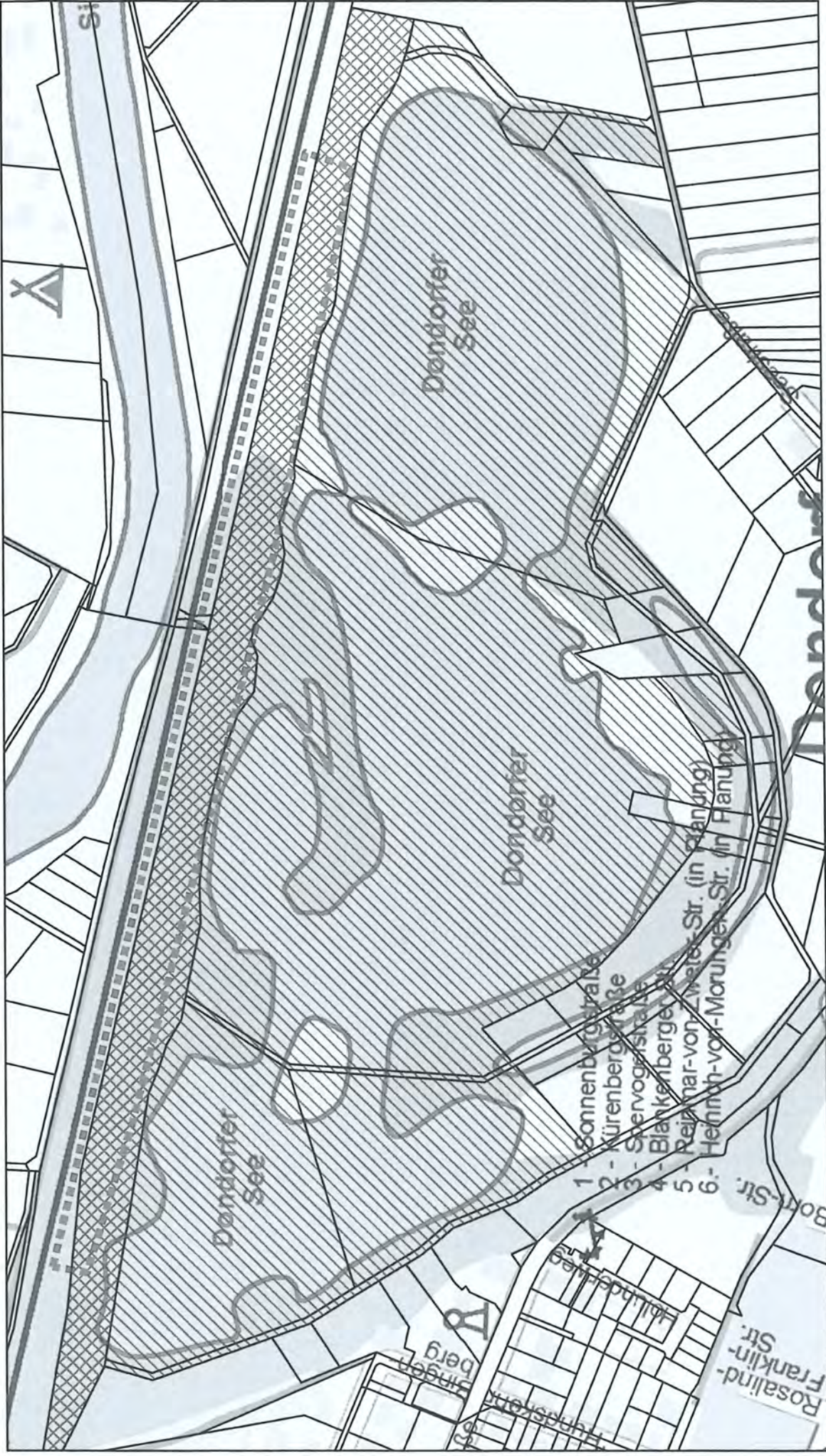
Frage 6: Wieviel Holz wurde herausgeholt und wieviel hat die Vermarktung des geschlagenen Holzes der Stadt eingebracht?

Frage 7: Sind Naturschutzorganisationen wie z.B. der BUND eingebunden worden? Wenn nicht warum hat man das unterlassen?

Frage 8: Wie hoch war der Auftragswert für diese Fällaktion und ist diese Vergabe ausgeschrieben worden?

Frage 9: Wer hat die Bäume auf Nisthöhlen bzw Überwinterungsplätze kontrolliert und protokolliert?

Frage 10: Um welche Baumarten und deren genauer Anzahl sowie Alter bzw Stammumfang handelte es sich bei dieser umfangreichen Baumfällaktion im Naturschutzgebiet?



Flurstücke
Flurstücke

- Baumfällungen
Dondorfer See
- Eigentum
- Landesbetrieb Straßen NRW
 - Stadt Hennef
 - Bereich Baumfällungen